

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 33/39
Telex: 03 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Bundesminister Volker
Hauff unterstreicht die
Bedeutung von Forschung
und Technologie für die
Weltwirtschaft.

Seite 1/2

Karl Liedtke MdB: Den
öffentlichen Dienst
kontrollierbarer machen.

Seite 3/4

Alfons Bayerl MdB sieht
die Vertrauensbasis zwi-
schen der Bundesrepublik
und der CSSR gestärkt.

Seite 5/6

Brigitte Erler MdB ap-
pelliert an die Verant-
wortung aller Staaten
für das südliche Afrika.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 175

12. September 1978

Für eine zukunftsweisende Weltwirtschaftsordnung

Forschungspolitik in internationaler Verantwortung

Von Volker Hauff MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Vom 11. bis 16. September 1978 treffen sich in Belgrad die für Wissenschafts- und Technologiepolitik zuständigen Minister aller europäischen Staaten, Nordamerikas und Israels zu ihrer zweiten Regionalkonferenz (MINESPOL II), die von der UNESCO veranstaltet wird.

Im Mittelpunkt des Informations- und Erfahrungsaustausches und der möglichen Empfehlungen, die diese Konferenz für die Generalkonferenz der UNESCO im November 1978 in Paris verabschiedet wird, stehen drei Themenbereiche:

- Die Bedeutung von Forschung und Technologie für die wirtschaftliche Entwicklung;
- die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung bei forschungs- und technologiepolitischen Fragen;
- das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt in forschungspolitischen Fragen und bei technologischer Zusammenarbeit.

Aus der Sicht der Bundesregierung kommt der Forschungs- und Technologiepolitik eine zentrale Stellung für die Entwicklung und Modernisierung unserer Volkswirtschaft und unserer gesellschaftlichen Zukunft zu. Im internationalen Rahmen muß es unser Bestreben sein, vor allem zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung, auf die Notwendigkeit eines Innovations- und Technologieschubs, gerade in den Industrieländern, hinzuweisen. Genauso wichtig ist es aber, deutlich zu machen, daß die hierbei zugrundegelegten Bedarfsvorstellungen nicht einfach in der Fortschreibung quantitativer Wachstumstrends bestehen können. Auf Programmen und Studien zur besseren Ausleuchtung des gesellschaftlichen Bedarfs und zur Technologiefolgeabschätzung könnte, in Fortentwicklung schon vorhandener Ansätze, ein Schwerpunkt künftiger UNESCO-Arbeit in diesem Bereich liegen.

Nicht weniger wichtig ist - angesichts des technischen und sozialen Strukturwandels - eine politische Diskussion über das Für und Wider neuer Technologien. Über Energie- und Umweltfragen hinaus gibt es schon heute weitere Bereiche, in denen das soziale Konfliktpotential technischen Wandels Gegenstand eines technologiepolitischen Dialogs zwischen den Betroffenen sein muß. Für eine demokratische Forschungspolitik kommt es darauf an, diesen Dialog frühzeitig zu initiieren und einen möglichst breiten Konsens für technische Innovationen zu erreichen, die Rohstoffe und Energie sparen, die die Umwelt nicht zusätzlich und unverantwortlich belasten, die humane Arbeitsplätze sichern und die die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Mit besonderem Interesse werden die Entwicklungsländer die Verhandlungen der MINESPOL II, zu denen sie als UNESCO-Mitglieder Zugang haben, beobachten. Forschungs- und technologiepolitische Perspektiven müssen heute im Rahmen einer zukunftsgerichteten Weltwirtschaftsforschung stehen. Für die Bundesregierung kommt es darauf an, gegenüber anderen Industrieländern und den Ländern der 3. Welt deutlich zu machen, daß hier eine allein auf nationale Interessen ausgerichtete quantitative Wachstumssteigerung und die Forcierung der Exportfähigkeit nationaler Industrien allein nicht den berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer nach weltweiter Solidarität entspricht.

Technologiepolitische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern muß unter der Maxime stehen, daß jedem einzelnen Land bei seinen spezifischen Problemen mit "angepaßten" Technologien geholfen wird. Die Beschlüsse des Weltwirtschaftsgipfels zu koordinierten Bemühungen bei der Demonstration und Markteinführung regenerativer Energien in den Entwicklungsländern gehen in diese Richtung.

Die Industrieländer müssen sich den Entwicklungsländern als Partner zur Verfügung stellen, indem sie bei Auf- und Ausbau einer eigenständigen wissenschaftlichen Infrastruktur in diesen Ländern helfen, die eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeit stärker am Bedarf der Entwicklungsländer zu orientieren und indem sie die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und die Erleichterung des kommerziellen Technologietransfers fördern.

Die Konferenz in Belgrad findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem die Probleme, die mit technischem Fortschritt und seinen politischen und sozialen Folgewirkungen zusammenhängen, deutlich erkannt werden und langfristige Leitlinien und Lösungen zur politischen und sozialen Gestaltung dieser Entwicklung aber noch gefunden werden müssen. Dazu sollte im Rahmen der UNESCO auf dieser Konferenz ein Beitrag geleistet werden.

(-/12.9.1978/va-he/ben)

Den öffentlichen Dienst kontrollierbarer gestalten

SPD-Fraktion unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung

Von Karl Liedtke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Unsere öffentlichen Verwaltungen können einem internationalen Vergleich, aber auch einem Vergleich mit entsprechenden Großunternehmen der Wirtschaft jederzeit standhalten. Andererseits wird niemand behaupten wollen, der öffentliche Dienst sei ohne Mängel - zum Beispiel ist die "Amtssprache" nicht selten unverständlich. Die mit der Aufgabenvermehrung verbundene Ausweitung der Verwaltungsapparate, ferner die Technisierung von Verwaltungsabläufen, haben zudem auch dazu geführt, daß Zuständigkeiten und Arbeitsweisen der Verwaltungen für den einzelnen Bürger unübersichtlicher geworden sind. Es ist verständlich, daß er angesichts dieser und anderer Entwicklungen ein gewisses Unbehagen empfindet.

Die vom Bundeskanzler in Auftrag gegebenen und jetzt vorgelegten Untersuchungen bestätigen u.a., daß Verwaltungsformulare und Bescheide vielfach für bürgerfeindlich gehalten werden,

- weil sie für Laien unverständlich sind und eine einschlägige Bildung voraussetzen;
- weil sie eine bürgerfremde Sprache verwenden;
- weil die Darstellung unübersichtlich und unnötig kompliziert ist;
- weil die Berechnungen nicht nachprüfbar sind.

Der Bürger erwartet zu Recht, daß die Regierungen, die Parlamente in Bund, Ländern und Gemeinden und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für eine bürgernahe Verwaltung sorgen. Dazu gehört es, sie durchschaubarer, kontrollierbarer und sozial effektiver zu gestalten.

Patentlösungen hat in den vielschichtigen Bürokratiefragen sicher niemand anzubieten. Viel wäre allerdings schon gewonnen, wenn das Problembewußtsein aller Verantwortlichen geschärft würde und wenn deshalb im Einzelfall, z.B. bei der Ausarbeitung eines Formulars, die jeweils bürgerfreundliche Alternative gewählt würde. Daß dies möglich ist, zeigt z.B. ein vom Senator für Bau und Wohnungswesen in Berlin verwendetes Antragsformular für Wohngeld und Mietzuschuß, das im Rahmen der genannten Untersuchungen getestet wurde. Hier sind zu den einzelnen Fragen gut verständliche Erläuterungen eingefügt, was leider immer noch die Ausnahme ist.

Die Bundesregierung hat in ihrem Bereich entsprechende Initiativen ergriffen. Für die Arbeitsverwaltung im Zuständigkeitsbereich des Bundesarbeitsministeriums werden mögliche organisatorische Konsequenzen untersucht, um die verwendeten Formulare verständlicher und bürgernahe zu gestalten. Es ist zu erwarten, daß sich aus dem laufenden Forschungsauftrag des Bundesforschungsministeriums über "bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt" weitere praktische Verbesserungsvorschläge ergeben werden.

Einen Schritt in die richtige Richtung hat auch die Bundespost getan. Seit zwei Jahren führt sie Seminare durch, die sich "aktives Mitgestalten" nennen. 30.000 vornehmlich im Schalterdienst tätige Beamte haben bisher daran teilgenommen. 90 Prozent aller Postbeam-

ten bewerten die Verhaltensschulung positiv. Ab 1. Oktober 1978 werden im Main-Kinzig-Kreis, in Ludwigshafen und Wilhelmshaven Briefzusteller versuchsweise mit sozialdienstlichen Tätigkeiten betraut.

Zu begrüßen ist ferner die Initiative des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, das Baugenehmigungsverfahren neu zu ordnen und zu vereinfachen. Er hat eine Arbeitsgruppe, an der die Länder, die kommunalen Spitzenverbände, die Bauwirtschaft und die Architektenverbände beteiligt sind, beauftragt, entsprechende Hinweise und Vorschläge auszuarbeiten. Erste Ergebnisse liegen bereits vor. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird in Koordination mit den sozialdemokratischen Fraktionen der Länderparlamente alle Bemühungen der Bundesregierung in dieser Richtung tatkräftig unterstützen.

Die öffentliche Diskussion wird bedauerlicherweise durch das Verhalten von CDU und CSU belastet, die aus wahltaktischen Gründen nicht über eine Pauschalkritik am öffentlichen Dienst hinausgekommen ist. Die CDU hat einen sogenannten Fachkongreß inszeniert, ohne daß sie daraus irgendwelche Konsequenzen für ihre Politik gezogen hat. Wenig hilfreich ist auch die Berichterstattung in den Medien. Wenn der "Amtsschimmel" zieht, geduldig arbeitet, ist das keine Nachricht wert. Berichtet wird dagegen darüber, wenn er wiehert. So ist es nicht verwunderlich, daß negative Pauschalurteile über die öffentlichen Verwaltungen geprägt werden.

Auch das ist ein Ergebnis der vom Bundeskanzler in Auftrag gegebenen Untersuchungen:

Negative Urteile über öffentliche Verwaltungen beruhen häufig auf der Übernahme von Klischees und sind nur teilweise durch persönliche Erfahrungen gestützt. Deshalb sehe ich eine wichtige Aufgabe sozialdemokratischer Politik nicht zuletzt darin, das zweifellos vorhandene Verständnis- und Vertrauensdefizit des Bürgers gegenüber der Verwaltung abzubauen und die Beschäftigten in den Verwaltungen vor vielfach unberechtigter Pauschalkritik in Schutz zu nehmen.
(/12.9.1978/vo-he/ben)

Die Vertrauensbasis ist gestärkt

Deutsch-tschechoslowakisches Parlamentariertreffen räumte Mißtrauen aus

Von Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion

Auf Einladung des Präsidenten des tschechischen Nationalrates, Evzen Erban, besuchte der Vorstand der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion vom 7. bis 10. September 1978 die CSSR. Mit diesem Besuch setzte die bayerische SPD-Landesgruppe ihre Kontakte mit Parlamentariern aus der CSSR fort. Die Landesgruppe hatte im Oktober 1975 in Haid (CSSR) nach vierzig Jahren erstmals offizielle Kontakte mit tschechoslowakischen Parlamentariern aufgenommen und dies bei einer weiteren Begegnung 1977 in Regensburg fortgesetzt.

Bei diesen Parlamentarier-Begegnungen ging es uns nicht nur darum, die Verständnis- und Vertrauensbasis zu vertiefen, sondern auch um die Lösung von Sachfragen, die für die Bürger auf beiden Seiten der Grenze von Bedeutung sind.

Bei den Gesprächen mit Parlamentariern der CSSR vor allem in Prag ging es diesmal um die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten, den Ausbau des Kulturaustausches auf der Grundlage des Kulturabkommens und um Informationen über die Minderheitenrechte tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Nationalität.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich in den letzten Jahren zwar verbessert, sie sind für beide Staaten aber immer noch unbefriedigend. Mit stärkeren Kooperationen muß erreicht werden, daß die Bundesrepublik Deutschland auch künftig der stärkste westliche Handelspartner der CSSR bleibt. Das ist nur möglich, wenn die negative Handelsbilanz der CSSR ausgeglichen werden kann. Mit den Parlamentariern der CSSR sind wir bei Gesprächen im Außenhandelsministerium aus diesen Gründen übereingekommen, für die nächste Parlamentarierbegegnung - für Beginn 1979 beabsichtigen wir eine Delegation von Parlamentariern aus der CSSR nach Bayern einzuladen - Vertreter der Industrie- und Handelskammer aus der CSSR und der Bundesrepublik einzuladen.

Bei Gesprächen im Kulturministerium ging es uns vor allem darum, noch vor Ratifizierung des Kulturabkommens auf die notwendige Intensivierung des Kulturaustausches hin-

zuweisen. Dabei ging es uns insbesondere darum, daß die Bundesrepublik kulturell in der CSSR mehr in Erscheinung treten kann. Dabei stießen wir bei unseren Gesprächspartnern auf viel Verständnis. Sie sind um einen Ausgleich des gegenwärtigen Mißverhältnisses bemüht. Für die nächste Zeit werden in der CSSR eine Noide-Ausstellung und eine Ausstellung über den deutschen Jugendstil vorbereitet. Einverständnis bestand darüber, daß der Austausch von Spitzenensembles und derartigen Ausstellungen nicht ausreicht, sondern daß es zu einem Austausch auf breitester Basis kommen muß. Dazu gehört vor allem auch der Austausch von Jugendgruppen. Mit Befriedigung konnten wir feststellen, daß die von uns vor drei Jahren in Haid angeregten Partnerschaften zwischen Städten beider Staaten nunmehr konkrete Formen annehmen.

Schließlich hatten wir die Gelegenheit, bei einem Besuch in Karlsbad mit Vertretern des deutschen Kulturverbandes der CSSR, mit Funktionären und Bürgern deutscher Nationalität Gespräche zu führen. So konnten sich erstmals Parlamentarier aus der Bundesrepublik an Ort und Stelle über die Minderheitenrechte tschechoslowakischer Bürger deutscher Nationalität informieren. Wir konnten erfahren, daß mit dem Nationalitätengesetz von 1968 das Verhältnis zwischen der deutschen Minderheit und der tschechoslowakischen Bevölkerung - so wurde uns von allen Gesprächsteilnehmern versichert - problemlos sei. Störend in diesem guten Verhältnis würden sich allerdings Polemiken aus der Bundesrepublik auswirken, die immer wieder Konfliktstoff zwischen die Bürger deutscher und tschechischer Nationalität hineinbringen. Uns wurde von deutschstämmigen Gesprächspartnern immer wieder versichert, daß nur die konsequente Entspannungs- und Friedenspolitik der Bundesregierung ihren Interessen nütze.

Auch bei dieser Parlamentarierbegegnung konnten noch bestehende psychologische Barrieren und Mißverständnisse ausgeräumt und die Vertrauensbasis verstärkt werden, so daß wir einen Schritt weitergekommen sind, die gesetzlich geregelte Nachbarschaft zu einer guten Nachbarschaft auszubauen. (-/12.9.1978/va-hc/ben)

Die Verantwortung liegt bei allen Staaten

Nur Gleichberechtigung im südlichen Afrika kann Blutbad verhindern

Von Brigitte Erler MdB

Seit über 20 Jahren haben sich die ehemaligen Kolonien der Dritten Welt die politische Unabhängigkeit erkämpft. Es bleibt ihnen noch die Aufgabe, nun auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen bzw. ein Netz gegenseitiger Abhängigkeiten in gleichberechtigter Partnerschaft zu knüpfen.

Die anachronistischen Reste des alten Kolonialismus und inkonsequenter Dekolonialisierung allerdings finden sich noch im südlichen Afrika: Zimbabwe und Namibia in der klassischen Form der Fremdherrschaft, die Republik Südafrika in der Form des inneren Kolonialismus, aber mit allen klassischen Erscheinungsformen wie Rassismus, Ausbeutung billiger Arbeitskraft, Verweigerung von Ausbildung und Aufstiegsmöglichkeiten für die große Mehrheit der Bevölkerung, Verbannung, Gefängnis und Tod für die, welche auch nur mit friedlichen Mitteln etwas ändern wollen.

Die Verantwortung für die Beseitigung der Apartheid und für das Erreichen einer nicht-rassistischen Gesellschaft liegt nicht nur bei den Herrschenden in Südafrika, sondern bei allen Staaten, die direkt oder indirekt von Apartheid und Homeland-Politik durch Investitionen und Handel profitieren.

Als erster Schritt von unserer Seite kann der von der EG beschlossene Verhaltenskodex für europäische Firmen in Südafrika angesehen werden. Ungelöst ist bisher allerdings noch die Frage, wie dessen Einhaltung zufriedenstellend überprüft werden kann. Ich meine, schwarze Organisationen wie die nicht registrierten Gewerkschaften oder die Inkatha-Bewegung, die ein erklärtes Interesse an diesem Kodex haben, müssen dazu genutzt werden. Ungeklärt ist allerdings auch noch die Frage von Sanktionen gegen die Firmen, welche den Kodex nicht befolgen.

Sollte durch ein verändertes Verhalten der ausländischen Firmen kein rascher Wandel eintreffen, so sind die in der Republik Südafrika wirtschaftlich engagierten Staaten aufgerufen, alle anderen ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um soziale, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung in Südafrika durchzusetzen. Sie würden dadurch nicht nur ein Blutbad vermeiden helfen, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens leisten. Denn bei der Bedeutung Südafrikas

liegt die Gefahr des Eingreifens der Großmächte, sobald dort ein Krieg ausbricht, auf der Hand.

Häufig ist, ebenso wie in dem der gegenwärtigen IPU-Tagung vorliegenden Resolutionsentwurf, vom Ziel der "Mehrheitsherrschaft" die Rede. Wir meinen, daß dieser Begriff besser durch "demokratische Regierung" ersetzt werden sollte. Das Wort "Mehrheitsherrschaft" schließt nämlich nicht aus, daß die Mehrheit dann ihrerseits die Minderheit unterdrücken könnte. Das aber widerspricht nicht nur den Zielen aller Befreiungsbewegungen, die sich ja immer wieder für Gleichberechtigung und das Verbleiben der Weißen in ihren Ländern aussprechen, sondern ebenso dem erklärten Willen der Völkergemeinschaft. Staaten, in denen eine Mehrheit eine Minderheit beherrscht, unterscheiden sich nur graduell von denen, in welchen die Minderheit die Mehrheit beherrscht. Wir hingegen wollen Gesellschaften, in denen es keine Rolle spielt, ob jemand schwarz oder weiß, gelb oder rot ist.

Ein weiteres Beispiel für eine mißglückte Dekolonisierung scheint mir die westliche Sahara zu sein. Dort hat der überhastete Wunsch der ehemaligen Kolonialmacht, seine Kolonie loszuwerden, dazu geführt, daß das saharauische Volk nicht über seine Wünsche befragt wurde: Ob es sich als selbständiger Staat organisieren oder einem der benachbarten Staaten anschließen wolle.

Da wir in der Bundesrepublik Deutschland das Recht auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes sehr ernst nehmen, treten wir dafür ein, daß auch alle anderen Völker dieses Recht in Anspruch nehmen können. Wir hoffen deshalb, daß die von der OAU in Karthoum beschlossene Kommission möglichst bald mit einer gerechten und akzeptablen Lösung für ein Ende der Leiden des saharauischen Volkes sorgt.

Der Beschluß des UN-Sicherheitsrates über Namibia nährt die Hoffnung, daß internationales Engagement zu Konfliktlösungen am Verhandlungstisch führen kann. Daran muß mit aller Kraft gearbeitet werden, damit diese Hoffnung nicht wieder erlischt, sondern weitere Früchte trägt. (-/12.9.1978/va-he/ben)